

**Haushalt der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2018;
Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Landeshauptstadt München
mit Nachtragshaushaltsplan**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12835

Anlagen

Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 16. Oktober 2018 (VB)
Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht
zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Erstellung des 1. Nachtragshaushaltsplanes 2018
Inhalt	1. Nachtragshaushaltssatzung der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2018 mit Nachtragshaushaltsplan; Darstellung der Finanzsituation einschl. der im 1. Nachtrag vorgeschlagenen Änderungen; 1. Nachtrag zum Stellenplan
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	-/-
Entscheidungsvorschlag	Genehmigung der vorgelegten Veranschlagungsveränderungen 2018 und des 1. Nachtrages zum Stellenplan; Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2018
Gesucht werden kann im RIS auch unter:	Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Kreditermächtigung, Verpflichtungsermächtigungen, Kassenkredite, Stellenplan
Ortsangabe	-/-

**Haushalt der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2018;
Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Landeshauptstadt München
mit Nachtragshaushaltsplan**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12835

Anlage 1: 1. Nachtragshaushaltsplan zur Nachtragshaushaltssatzung der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2018

1. Grafische Übersichten
2. Zusammenfassung der Einzahlungen, Auszahlungen, Erträge, Aufwendungen und Verpflichtungsermächtigungen
3. Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit
4. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen
5. 1. Nachtragshaushaltsplan der Landeshauptstadt München 2018
 - a) Investitions- und Finanzierungstätigkeit
 - b) Änderungen in den Teilhaushalten
 - c) Änderungen in den Gesamthaushalten
6. Stellenplan (1. Nachtrag)

Anlage 2: 1. Nachtragshaushaltssatzung der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2018

**Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und
des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 16. Oktober 2018 (VB)**
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	5
A. Überblick	5
1. Das Wesentliche in Kürze	5
2. Finanzielle Ausgangslage - Haushaltsplan 2018	6
3. 1. Nachtragshaushaltsplan 2018	7
3.1 Finanzhaushalt (Eckdaten)	7
3.2 Ergebnishaushalt (Eckdaten)	8
3.3 Veranschlagungsveränderungen im 1. Nachtragshaushaltsplan 2018	9
3.4 Haushaltsgrafiken	11
B. Teilhaushalte	14
1. Entwicklung der Personalauszahlungen/-aufwendungen	14
2. Zentrale Ansätze	15
2.1 Zentrale Ansätze der Stadtkämmerei (einschl. Steuern)	15
2.2 Zentrale Ansätze der Referate	21
3. Referatsteilhaushalte	24
3.1 Ergebnis-/Finanzhaushalt - laufende Verwaltungstätigkeit	24
Direktorium	24
Baureferat	26
Kommunalreferat - Referatsbereich	28
Kreisverwaltungsreferat	29
Kulturreferat	31
Personal- und Organisationsreferat - Referatsbereich	33

	Seite
Referat für Arbeit und Wirtschaft	34
Referat für Gesundheit und Umwelt	35
Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik	37
Referat für Stadtplanung und Bauordnung	38
Referat für Bildung und Sport	39
Sozialreferat	41
Stadtkämmerei - Referatsbereich	43
Revisionsamt	45
3.2 Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	47
C. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe	51
D. Kreditermächtigungen	52
E. Verpflichtungsermächtigungen	52
F. Kassenkredite	54
G. Mehrjahresinvestitionsprogramm	54
H. Stellenplan 2018 (1. Nachtrag)	55
II. Antrag des Referenten	56
III. Beschluss	56

I. Vortrag des Referenten:

A. Überblick

1. Das Wesentliche in Kürze

- Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt steigen gegenüber dem Haushaltsplan 2018 per Saldo um 300 Mio. € auf 7.280 Mio. €.

Dabei wird in diesem 1. Nachtrag eine Ansatzserhöhung bei der Gewerbesteuer auf 2.690 Mio. € (+ 270 Mio. €) vorgeschlagen. Weitere (weitgehend haushaltsneutrale) Änderungen ergeben sich bei den Einzahlungen im Rahmen der Konzernsteuerumlage SWM GmbH (+ 19 Mio. €) und der Gewinnausschüttung SWM GmbH (+ 10 Mio. €) im Teilhaushalt des Baureferats.

Dem steht eine Reduzierung bei der Grunderwerbsteuer auf 185 Mio. € (- 15 Mio. €) bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei gegenüber. Weitere Verschlechterungen ergeben sich bei den Transfereinzahlungen, Kostenerstattungen und Kostenumlagen im Teilhaushalt des Sozialreferates von per Saldo rd. 33 Mio. €. Dabei sind den Verbesserungen nach dem AsylbLG (+ 11 Mio. €) und bei der Bereitstellung und dem Betrieb sozialer Einrichtungen (+ 42 Mio. €), die Minderungen bei den Leistungen nach dem SGB VIII (- 53 Mio. €) und bei der Grundsicherung nach SGB XII (- 33 Mio. €) gegenzurechnen.

Die restlichen Veränderungen verteilen sich auf eine Vielzahl von Einzelpositionen.

- Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt steigen per Saldo um 102 Mio. € auf 6.618 Mio. €.

Erhöhungen sind insbesondere bei den Gewerbesteuerumlagen (+ 37 Mio. €) und bei der Bezirksumlage (+ 38 Mio. €) bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei zu verzeichnen. Weitere Ausweitungen ergeben sich insbesondere bei den Zuschüssen für Kindertagesstätten an Verbände der freien Gesundheits- und Wohlfahrtspflege (+ 16 Mio. €) im Teilhaushalt des RBS und durch die Aufstockung des Eigenkapitals der Krankenhäuser (+ 25 Mio. €), die zunächst investiv geplant wurde. Das Referatsbudget des Baureferates erhöht sich per Saldo um rd. 41 Mio. €; darin enthalten sind zusätzliche Auszahlungen im Rahmen der Konzernsteuerumlage von rd. 18 Mio. € (weitestgehend haushaltsneutral).

Diesen Erhöhungen stehen Minderungen in erster Linie bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und Transferauszahlungen im Teilhaushalt des Sozialreferats von 76 Mio. € (insbes. - 48 Mio. € bei den Leistungen nach dem SGB VIII; - 20 Mio. € bei Bereitstellung und Betrieb sozialer Einrichtungen; - 5 Mio. € nach dem AsylbLG) gegenüber.

Die Personalauszahlungen reduzieren sich stadtweit per Saldo um insgesamt 41 Mio. €.

Die weiteren Veränderungen verteilen sich auf eine Vielzahl von Auszahlungsber-

che bzw. Einzelpositionen.

- Der errechnete Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt anstatt der 464 Mio. € (Stand: Haushalt 2018) nunmehr 662 Mio. € (+ 198 Mio. €).
- Die investive Einzahlungsseite verbessert sich per Saldo um 28 Mio. €. Die Erhöhungen ergeben sich bei der Veräußerung von Sachvermögen (+ 33 Mio. €) und den Sonstigen Einzahlungen (+ 6 Mio. €). Diesen Verbesserungen stehen Verschlechterungen bei den Zuwendungen und Investitionsbeiträgen (- 11 Mio. €) gegenüber.
- Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit vermindern sich per Saldo um 39 Mio. €. Dabei werden Kürzungen bei den Investitionsförderungsmaßnahmen um 91 Mio. €, beim Erwerb von beweglichem Sachvermögen um rd. 73 Mio. € und den Auszahlungen für Baumaßnahmen um 62 Mio. € veranschlagt. Gegenzurechnen sind Erhöhungen bei den Auszahlungen für Grundstücke und Gebäude um 89 Mio. €, den Erwerb von Finanzvermögen um rd. 51 Mio. € (davon + 10 Mio. € Kapitalrückführung an die SWM GmbH) und die Sonstige Investitionstätigkeit um rd. 47 Mio. €.
- Auf die im Haushaltsjahr 2018 vorgesehene Kreditaufnahme von 44 Mio. € kann verzichtet und somit eine gleich hohe Netto-Entschuldung vorgeschlagen werden.
- Damit errechnet sich eine um 221 Mio. € geringere Reduzierung des Finanzmittelbestandes als zum Zeitpunkt des Haushaltsplanes 2018 geplant. Dies bedeutet, dass im Jahr 2018 nach derzeitigem Planungsstand, statt einer geplanten Entnahme von 319 Mio. €, nur rd. 98 Mio. € aus dem Finanzmittelbestand entnommen werden müssen.
- Bei den Erträgen im konsolidierten Ergebnishaushalt ergibt sich eine Steigerung um 427 Mio. € auf 7.622 Mio. €.
- Die Aufwendungen im konsolidierten Ergebnishaushalt erhöhen sich um rd. 182 Mio. € auf 7.270 Mio. €.
- Der im Haushaltsplan ausgewiesene Überschuss von 107 Mio. € erhöht sich nun im Ergebnishaushalt um rd. 245 Mio. € auf 352 Mio. €.

2. Finanzielle Ausgangslage - Haushaltsplan 2018

In dem von der Vollversammlung des Stadtrates am 13. Dezember 2017 beschlossenen **Haushaltsplan 2018** wurden im **Finanzhaushalt** Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 6.980 Mio. € und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 6.516 Mio. € ausgewiesen. Im Saldo ergab sich ein Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit von 464 Mio. € (ohne Auswirkungen SWM GmbH 259 Mio. €).

Den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 636 Mio. € stand ein Investitionsvolumen in Höhe von 1.419 Mio. € gegenüber.

Da sowohl Kreditaufnahmen als auch Tilgungsleistungen von jeweils 44 Mio. € eingeplant waren, ergab sich keine Netto-Neuverschuldung im Haushaltsjahr 2018. Somit errechnete sich eine Minderung des Finanzmittelbestandes um 319 Mio. €.

Im konsolidierten **Ergebnishaushalt** wurden Erträge in Höhe von 7.195 Mio. € und Aufwendungen in Höhe von rd. 7.088 Mio. € veranschlagt. Unter Berücksichtigung der Zahlen aus internen Leistungsverrechnungen (insgesamt 1.087 Mio. €) errechnete sich ein Gesamtvolumen der Erträge von 8.282 Mio. € und der Aufwendungen von 8.175 Mio. €. Somit ergab sich ein Überschuss von 107 Mio. € (ohne Auswirkungen SWM GmbH ein Fehlbetrag von 98 Mio. €).

3. 1. Nachtragshaushaltsplan 2018

3.1 Finanzhaushalt (Eckdaten)

In dem jetzt vorliegenden **1. Nachtragshaushaltsplan 2018** steigen im **Finanzhaushalt** die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 300 Mio. € auf 7.280 Mio. € und die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 102 Mio. € auf 6.618 Mio. €. Der Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöht sich nun von 464 Mio. € um 198 Mio. € auf 662 Mio. € (ohne Auswirkungen SWM GmbH auf 444 Mio. €).

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit steigen insgesamt um 28 Mio. € auf 664 Mio. €.

Dabei erhöhen sich die Veräußerungen von Sachvermögen um 33 Mio. € und die Sonstigen Einzahlungen um 6 Mio. €. Dem stehen Minderungen bei den Zuwendungen um 8 Mio. € und den Investitionsbeiträgen um 3 Mio. € gegenüber.

Die Investitionensauszahlungen verringern sich per Saldo um rd. 39 Mio. € auf 1.380 Mio. €.

Dabei vermindern sich die Auszahlungen für die Investitionsförderungsmaßnahmen um 91 Mio. €, den Erwerb von beweglichem Sachvermögen um rd. 73 Mio. € und die Baumaßnahmen um 62 Mio. €. Dem stehen Erhöhungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden um 89 Mio. €, den Erwerb von Finanzvermögen um rd. 51 Mio. € (davon + 10 Mio. € Kapitalrückführung an die SWM GmbH) und die Sonstigen Investitionsauszahlungen von rd. 47 Mio. € gegenüber.

Auf die bisherige Brutto-Kreditaufnahme i. H. v. 44 Mio. € wird vollständig verzichtet und damit im Haushaltsjahr 2018 eine gleich hohe Netto-Entschuldung vorgesehen. Der Schuldenstand der Landeshauptstadt München reduziert sich anhand der vorliegenden Planzahlen auf rd. 680 Mio. €. Das wäre der niedrigste Schuldenstand seit dem Jahresende 1981 und mit rd. 445 € die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung seit 1980.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes beträgt statt - 319 Mio. € zum Stand Haushaltsplan nunmehr - 98 Mio. €.

Der planmäßige Finanzmittelbestand wird Ende 2018 damit voraussichtlich bei einer Größenordnung von rd. 1.045 Mio. € liegen.

3.2 Ergebnishaushalt (Eckdaten)

Im konsolidierten Ergebnishaushalt steigen die Erträge um 427 Mio. € auf 7.622 Mio. € und die Aufwendungen erhöhen sich um rd. 182 Mio. € auf 7.270 Mio. €. Somit errechnet sich statt eines Überschusses von 107 Mio. € zum Stand Haushaltsplan 2018 ein Überschuss von 352 Mio. € (ohne Auswirkungen SWM GmbH 138 Mio. €).

Unter Berücksichtigung der Zahlen aus internen Leistungsverrechnungen (insgesamt 1.087 Mio. €) errechnet sich ein Gesamtvolumen der Erträge von 8.709 Mio. € und der Aufwendungen von 8.357 Mio. €.

Wichtige Einzelheiten zur Entwicklung des Finanz- und Ergebnishaushalts sind in Teil B des Beschlussvortrages dargestellt.

3.3 Veranschlagungsveränderungen im 1. Nachtragshaushaltsplan 2018

Die aufgezeigte Entwicklung der Eckdaten wird im Wesentlichen durch die folgenden (ggf. saldierten) Veränderungen bewirkt:

Finanzhaushalt	Verschlech- terung rd. Mio. €	Verbesserung rd. Mio. €
Laufende Verwaltungstätigkeit		
Gewerbsteuer		270
Grunderwerbsteuer	15	
Gewerbsteuerumlagen	37	
Bezirksumlage	38	
Einzahlungen im Rahmen der Konzernsteuerumlage SWM GmbH (weitestgehend haushaltsneutral)		19
Diverse Auszahlungen im Rahmen der Konzernsteuerumlage SWM GmbH (weitestgehend haushaltsneutral)	18	
Gewinnausschüttung SWM (haushaltsneutral)		10
Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen an Verbände der freien Gesund.- u. Wohlfahrtspflege im Teilhaushalt des RBS	16	
Transfereinzahlungen, Kostenerstattungen und Kostenumlagen im Teilhaushalt des Sozialreferats (insbes. - 53 Mio. € bei den Leistungen nach SGB VIII, + 11 Mio. € nach dem AsylbLG, + 42 Mio. € Bereitstellung und Betrieb sozialer Einrichtungen, - 33 Mio. € Grundsicherung nach SGB XII)	33	
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und Transferauszahlungen im Teilhaushalt des Sozialreferats (insbes. - 48 Mio. € bei den Leistungen nach dem SGB VIII; - 20 Mio. € bei Bereitstellung und Betrieb sozialer Einrichtungen; - 5 Mio. € nach dem AsylbLG)		76
Aufstockung des Eigenkapitals der Krankenhäuser im Teilhaushalt der Stadtkämmerei (bisher investiv)	25	
Personalauszahlungen stadtweit per Saldo		41
Sonstige Positionen per Saldo	36	
Zwischensumme	218	416
Saldo laufende Verwaltungstätigkeit		198

	Verschle- chterung rd. Mio. €	Verbesserung rd. Mio. €
Übertrag „Saldo laufende Verwaltungstätigkeit“:		198
Investitionstätigkeit		
a) Einzahlungen für		
Zuwendungen	8	
Investitionsbeiträge	3	
Veräußerung von Sachvermögen		33
Sonstige Einzahlungen		6
b) Auszahlungen für		
Grundstücke und Gebäude	89	
Auszahlungen für Baumaßnahmen		62
Erwerb von bewegl. Sachvermögen		73
Erwerb von Finanzvermögen	51	
Investitionsförderungsmaßnahmen		91
Sonstige Investitionstätigkeit	47	
Zwischensumme	198	265
Saldo Investitionen		67
Haushaltsverbesserung Finanzhaushalt		265

Es wird vorgeschlagen, auf die Kreditermächtigung i. H. v. 44 Mio. € zu verzichten und damit eine Netto-Entschuldung von 44 Mio. € vorzunehmen. Der Schuldenstand der Landeshauptstadt München reduziert sich anhand der vorliegenden Planzahlen auf rd. 680 Mio. €. Das wäre der niedrigste Schuldenstand seit dem Jahresende 1981 und mit rd. 445 € die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung seit 1980.

Die im Haushaltsplan 2018 ausgewiesene Entnahme aus dem Finanzmittelbestand von 319 Mio. € sinkt um 221 Mio. € auf 98 Mio. €.

Es errechnet sich somit rein nach den Planzahlen des 1. Nachtrages eine Verringerung des Finanzmittelbestandes zum Jahresende 2018 von rd. 1.143 Mio. € um 98 Mio. € auf rd. 1.045 Mio. €.

Ergebnishaushalt

Im Ergebnishaushalt ergibt sich gegenüber der im Finanzhaushalt-lfd. Verwaltungstätigkeit dargestellten Haushaltsverbesserung (198 Mio. €) eine Verbesserung i. H. v. 245 Mio. € und insoweit ein weiterer Positivsaldo von 47 Mio. €.

Hauptursachen dafür sind in erster Linie nicht zahlungswirksame Sachverhalte, wie insbesondere Veränderungen

a) bei den Erlösen/Erträgen

- Ertragswirksame Auflösung oder Herabsetzung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei (+ rd. 121 Mio. €)

b) bei den Kosten/Aufwand

- Anpassung schwer planbarer Kostenarten (z. B. Kaufpreinsnachbesserungen, Anlagenabschreibungen, periodenfremder Aufwand) an das aktuelle Ist bei den Zentralen Ansätzen des Kommunalreferates (+ rd. 231 Mio. €)
- Aufwand aus Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bei den Zentralen Ansätzen der Stadtkämmerei (+ rd. 105 Mio. €)
- personalwirtschaftliche Rückstellungen in einer Größenordnung von stadtwweit - 280 Mio. €

Darüberhinaus ergeben sich noch mehrere weitere Veränderungen auf der Ertrags- und Aufwandseite.

Letztendlich ergibt sich im Ergebnishaushalt nun ein Überschuss von 352 Mio. € (Stand HPL 2018: Überschuss von 107 Mio. €).

3.4 Haushaltsgrafiken

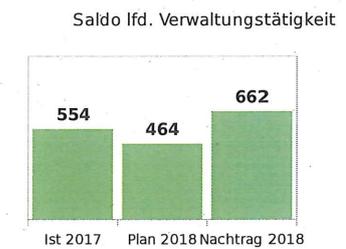
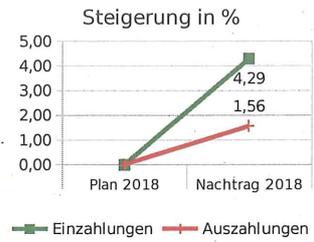
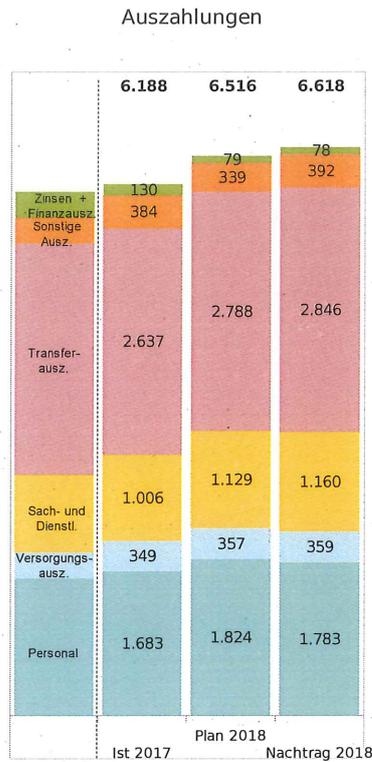
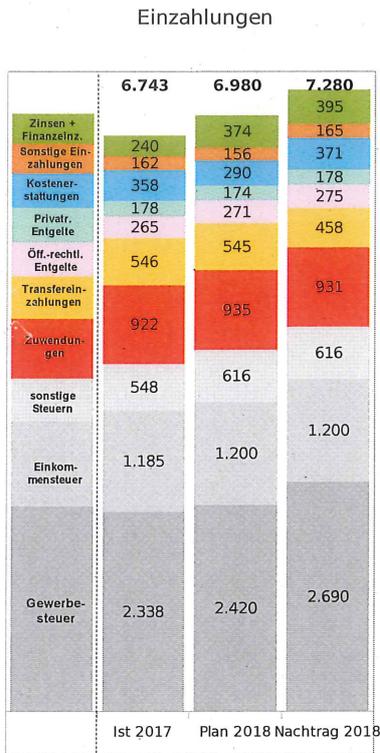
Nachstehend werden der Finanz- und der Ergebnishaushalt im Jahresverlauf dargestellt. Ggf. ergeben sich rundungsbedingte Abweichungen zu den Gesamthaushalten und zu den voranstehenden Ausführungen.

Nachrichtlich wurden der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit bzw. das Jahresergebnis ohne die Auswirkungen der Finanzbeziehungen zu der Stadtwerke München GmbH (SWM GmbH) dargestellt. Dabei werden folgende Positionen ausgeblendet:

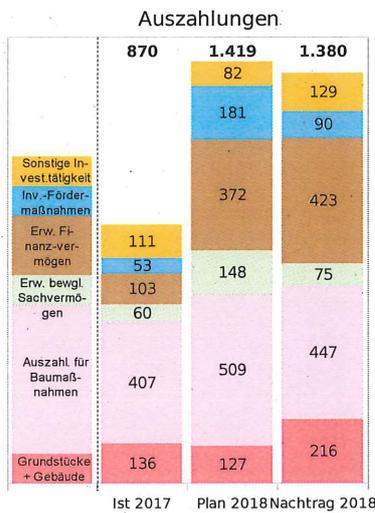
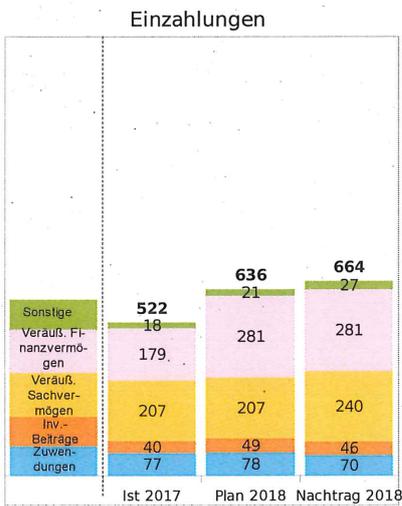
- die Bruttogewinnabführung von der SWM GmbH, d.h., es werden lediglich die bei der Stadt verbleibenden 100 Mio. € abgebildet
- die Kapitalrückführung an die SWM GmbH (d.h. der Anteil an der Gewinnabführung, der über 100 Mio. € hinausgeht)
- die Steuerzahlungen des BgA U-Bahn-Bau, die sich aus der Organschaft ergeben
- die Steuererstattungen, die sich aus der Steuererstattungsvereinbarung mit der SWM GmbH ergeben

Finanzhaushalt

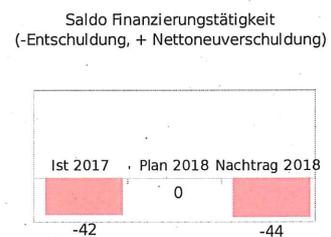
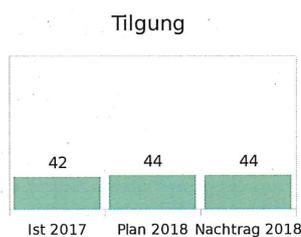
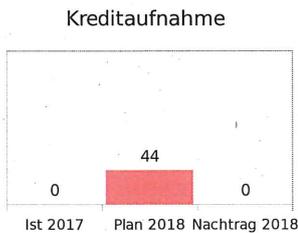
Laufende Verwaltungstätigkeit in Mio. €



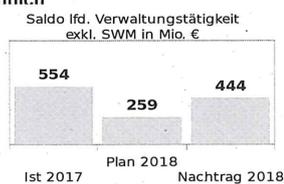
Investitionstätigkeit in Mio. €



Finanzierungstätigkeit in Mio. €

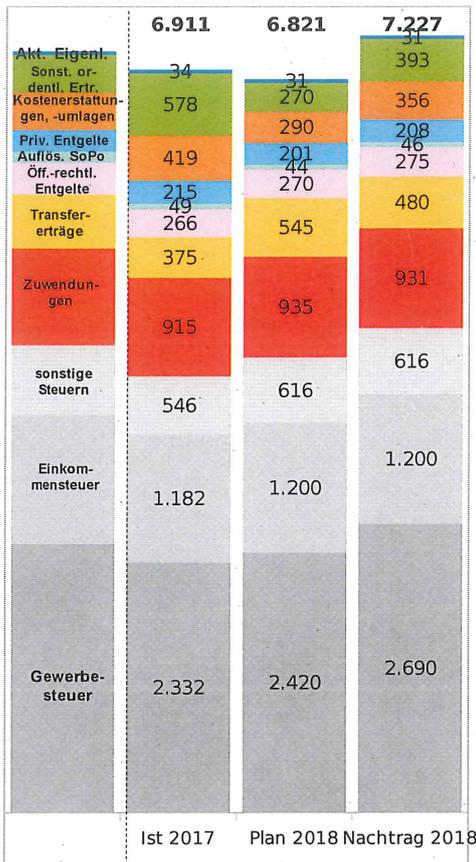


Nachrichtlich

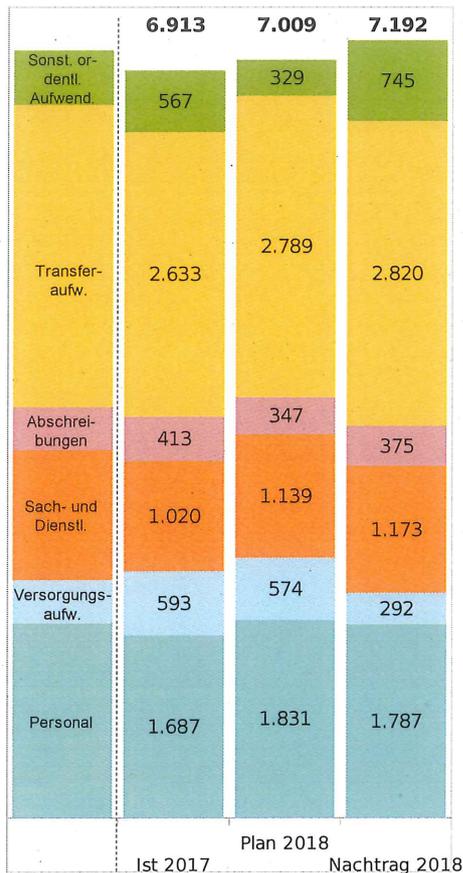


Laufende Verwaltungstätigkeit in Mio. €

Erträge



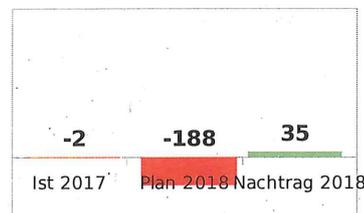
Aufwendungen



Steigerung in %

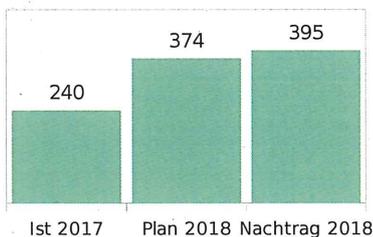


Ergebnis lfd. Verwaltungstätigkeit

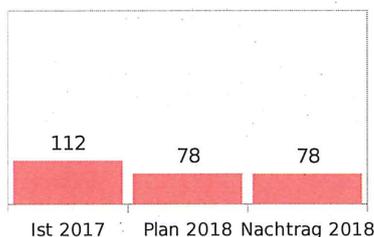


Finanzergebnis in Mio. €

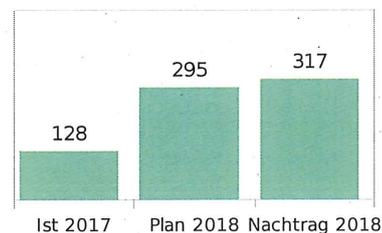
Finanzerträge



Zinsen und Finanzaufwendungen

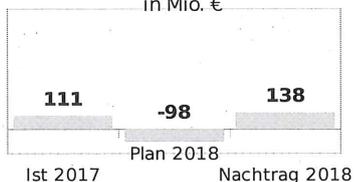


Finanzergebnis

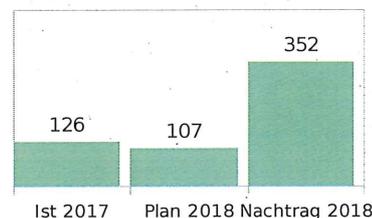


Nachrichtlich

Jahresergebnis exkl. SWM in Mio. €



Jahresergebnis in Mio. €



B. Teilhaushalte

1. Entwicklung der Personalauszahlungen/-aufwendungen

Das Personal- und Organisationsreferat führt hierzu Folgendes aus:

Allgemeine Festlegungen, Personalkosten:

Im Ergebnis ändern sich die Planansätze der Personalauszahlungen (Zeile 9 - Finanzhaushalt) aller Teilhaushalte per Saldo um **- 41 Mio. €** gegenüber dem Stand Schlussabgleich 2018.

Um einen möglichst realitätsnahen Plan 2018 zu erhalten, wurde die Kalkulation der Personalauszahlungen zum Nachtragshaushalt 2018 auf das prognostizierte Ist 2018 angepasst. Basis dieser Prognose ist die Personalkostenhochrechnung zum Stand April 2018. Zusätzlich wurde bei den Referaten mit verbesserter Besetzungssituation der Abschlag Vakanz durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe 9 Mio. € aufgestockt.

Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus der zentralen Personalbetreuung in Höhe von 7 Mio. € ausgeglichen.

Zudem wird die Teuerung für den Beamten- und Tarifbereich in Höhe von 41 Mio. € aus den zentralen Ansätzen in die Referatsteilhaushalte verteilt. Zur Haushaltsplanung 2018 wurde ein kalkulierter Betrag in Höhe von 32 Mio. € eingestellt, der aufgrund des höheren Tarifabschlusses um rd. **9 Mio. €** aufgestockt werden muss.

Um einerseits einen realistischen Plan zu erhalten, andererseits Stellenbesetzungen nicht zu behindern, wurde gegenüber dem prognostizierten Jahresergebnis in den Teilhaushalten jeweils eine Sicherheitsreserve eingeplant. Diese war bereits bei den zentralen Ansätzen des Personal- und Organisationsreferats enthalten.

Rückstellungen:

Hinsichtlich der Minderung der personalwirtschaftlichen Rückstellungen wird insbesondere auf den Text bei den Zentralen Ansätzen des Personal- und Organisationsreferats verwiesen.

2. Zentrale Ansätze

2.1 Zentrale Ansätze der Stadtkämmerei (einschließlich Steuern)

Zentrale Ansätze der Stadtkämmerei (einschließlich Steuern)

Die Auszahlungen des Finanzhaushalts im Bereich der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 955.508 Tsd. €.

Nach den Veränderungen (+ 78.023 Tsd. €) errechnen sich **neue Ansätze** in Höhe von **1.033.531 Tsd. €**.

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen stellen sich wie folgt dar, wobei die Hauptsteueransätze nachfolgend noch im Detail erläutert werden:

- Gewerbesteuer - Normalumlage	+ 19.000 Tsd. €
- Gewerbesteuerumlage zur Finanzierung der Deutschen Einheit	+ 18.000 Tsd. €
- Bezirksumlage Aufgrund der Anhebung des Hebesatzes von 19,5 % auf 21,0 % erhöht sich die Bezirksumlage auf rd. 573,9 Mio. €.	+ 37.915 Tsd. €

Die Aufwendungen des Ergebnishaushalts im Bereich der Zentralen Ansätze der Stadtkämmerei zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 955.428 Tsd. €.

Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen um 114.300 Tsd. € (davon Aufwand für Einzel- und Pauschalwertberichtigungen insgesamt 105.300 Tsd. € und Aufwand für Niederschlagungen und Erlässe 9.000 Tsd. €) erhöht.

Ein weiterer Differenzbetrag zur Veränderung auf der Auszahlungsseite in Höhe von 610 Tsd. € ist in der Zinsabgrenzung für den Schuldendienst begründet. Der Zinsaufwand für Darlehensverbindlichkeiten reduziert sich um 1.425 Tsd. € auf insgesamt 22.595 Tsd. €, während sich die Zinsauszahlungen um 2.035 Tsd. € auf insgesamt insgesamt 22.635 Tsd. € vermindern.

Es errechnen sich hieraus **neue Ansätze** in Höhe von **1.148.361 Tsd. €**.

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 4.654.350 Tsd. €.

Nach den Veränderungen (+ 270.919 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **4.925.269 Tsd. €**.

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen stellen sich wie folgt dar, wobei die Hauptsteueransätze nachfolgend noch im Detail erläutert werden:

- Gewerbesteuer + 270.000 Tsd. €

- Überlassung der staatlichen Grunderwerbsteuer
Nachdem die bisher im laufenden Jahr eingegangenen Grunderwerbsteueranteile gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gesunken sind, ist im Jahr 2018 mit einem staatl. Grunderwerbsteueranteil von voraussichtlich 185 Mio. € zu rechnen. - 15.000 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 5.195.061 Tsd. €.

Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Summe um 120.900 Tsd. € (Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen) erhöht.

Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **5.586.880 Tsd. €**.

Veränderung der Steueransätze 2018 im Buchungskreis 0099

Erläuterungen zu den Entwurfsplanungen im Nachtragshaushalt 2018

Die Steueransätze wurden auf Basis der aktuellen Schätzergebnisse des Arbeitskreises (AK) Steuerschätzungen vom Mai 2018 überprüft. Für die Prognose wurden zudem die zwischenzeitlichen Entwicklungen berücksichtigt, dies gilt insbesondere hinsichtlich der Entwicklungen der städtischen Steuereinnahmen sowie Sollstellungen im Zeitraum Januar bis Juli 2018.

Anmerkungen zur Steuerschätzung vom Mai 2018

Die aktuellen Steuerschätzungen des AK Steuerschätzungen, der vom 07. bis 09. Mai 2018 in Mainz getagt hat, umfassen Prognosen bezüglich der in den einzelnen Steuerarten zu erwartenden Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden inkl. der EU-Eigenmittel in den Jahren 2018 bis 2022. Gemäß dieser Prognose werden die Steuereinnahmen aller Gemeinden im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2018 um 4,9 % auf dann insgesamt 110,2 Mrd. € ansteigen. Im Vergleich mit der vorangegangenen Steuerschätzung vom November 2017 erhöhen sich die Einnahmeerwartungen der Gemeinden im Jahr 2018 bundesweit um 0,6 Mrd. € bzw. 0,6 %. Den Prognosen des AK Steuerschätzungen liegen insbesondere folgende gesamtwirtschaftlichen Eckwerte und Bezugsgrößen aus der Frühjahrsprojektion 2018 der Bundesregierung zugrunde:

	2018 ggü. Vorjahr
Bruttoinlandsprodukt	
• real	+ 2,3 %
• nominal	+ 4,2 %
Bruttolöhne und -gehälter	+ 4,4 %
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+ 4,5%

Für das Gesamtaufkommen der Gemeindesteuern bzw. gemeinschaftlichen Steuern im Bundesgebiet im Jahr 2018 wurden folgende Prognosen veröffentlicht:

	Ist 2017 in Mio. €	Schätzung für 2018 AK Nov. 2017 in Mio. €	Schätzung für 2018 AK Mai 2018 in Mio. €	v.H.*
Gemeindesteuern				
Gewerbsteuer	52.872,0	53.850	54.300	2,7%
Grundsteuer	13.561,4	13.920	13.810	1,8%
Gemeinschaftliche Steuern				
Lohnsteuer	195.523,7	205.200	206.450	5,6%
Veranlagte Einkommensteuer	59.428,2	60.950	61.650	3,7%
Abgeltungsteuer	7.333,1	7.500	7.895	7,7%
Steuern vom Umsatz	226.355,0	234.450	235.000	3,8%

* gegenüber Ist Vorjahr 2017

Die Ergebnisse der Steuerschätzung beziehen sich jeweils auf das bundesweite Steueraufkommen bzw. auf die jeweiligen staatlichen Ebenen. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern bzw. den Gemeinden ist aus den Ergebnissen der Steuerschätzung nicht unmittelbar zu entnehmen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes ist die deutsche Wirtschaft im 2. Quartal 2018 um 0,5% gegenüber dem Vorquartal (preis-, saison- und kalenderbereinigt) bzw. um 2 % gegenüber dem Vorjahresquartal (preis- und kalenderbereinigt) gewachsen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich damit weiterhin auf einem soliden Wachstumskurs. Wachstumsimpulse kommen insbesondere von den privaten und staatlichen Konsumausgaben sowie den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Der Außenbeitrag bremste das Wirtschaftswachstum, da die Importe stärker anstiegen als die Exporte. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich weiterhin sehr positiv und auch der Beschäftigungsaufbau in Deutschland setzte sich dynamisch fort.

Die weiter in die Zukunft gerichteten Indikatoren lassen eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung erwarten. Die Unsicherheiten über die künftige konjunkturelle Entwicklung nehmen jedoch insgesamt zu. Abwärtsrisiken werden in der ungewissen Gestaltung des Brexit und der anhaltenden Debatte um Strafzölle und der damit in Verbindung stehenden Gefahr eines drohenden Handelskrieges gesehen.

Anmerkungen zu den einzelnen Steuerarten

Die städtischen Steuereinnahmen des Jahres 2018 bei den Steuerbeteiligungen, der Grundsteuer und der Gewerbesteuer entwickeln sich insgesamt sehr erfreulich. Die Einnahmen aus der Grundsteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und dem Familienleistungsausgleich bestätigen nachdrücklich die bisherigen Erwartungen. Auf Basis des im Jahresverlauf 2018 bislang zu verzeichnenden schwunghaften Anstiegs der Gewerbesteuereinnahmen kann die Prognose zu den Gewerbesteuereinnahmen deutlich angehoben werden.

Gewerbesteuer

Bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer ergeben sich zum Stand Ende Juli 2018 folgende Zwischenergebnisse:

- Kassen-Ist

Das Kassenaufkommen der Gewerbesteuer zeigt mit einem Zwischenstand zum 31.07.2018 von 1.431,7 Mio. € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Zuwachsra-

te von 18,5 % (Stand 31.07.2017: 1.208,3 Mio. €).

Zum Hauptsteuertermin am 15.08.2018 konnten erneut hohe Zuwächse verbucht werden (Ist-Gesamt zum Stichtag 28.08.2018: 2.106,9 Mio. €). Zudem steht am 15.11.2018 noch ein weiterer aufkommensstarker Hauptsteuertermin aus (Fälligkeiten rd. 620 Mio. €).

- Vorauszahlungen 2018

Der Sollstand der Gewerbesteuervorauszahlungen ist mit einem Zwischenergebnis zum 31.07.2018 in Höhe von 2.206,6 Mio. € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Stand 31.07.2017: 2.050,6 Mio. €) um 7,6 % gewachsen. Der Zuwachs im Vergleich zum Stand am Jahresanfang 2018 (Solleinweisung der Vorauszahlungen 2018) in Höhe von 2.055,3 Mio. € beträgt 7,4 %.

- Zahlungen für Vorjahre

Der Änderungssaldo bei den Abschlusszahlungen und Nachholungen zum Stand 31.07.2018 beträgt 540,8 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Stand 31.07.2017: 201,4 Mio. €) stiegen die Sollstellungen für Vorjahre damit um imposante 168,5 %. Dieser Vergleich wird durch die sehr niedrige Vorjahresbasis jedoch etwas verzerrt. Aber auch im Vergleich mit den Vorjahresergebnissen der letzten drei Jahre (Stand Ende Juli: Ø 332,2 Mio. €) stiegen die Sollstellungen für Vorjahre noch sehr deutlich um 62,8 % an.

- Anordnungs-Soll insgesamt

Der aktuelle Sollstand der Gewerbesteuer beträgt 2.747,4 Mio. € (Stand Ende Juli 2018). Im Vergleich mit dem Vorjahresmonat (Stand 31.07.2017: 2.252,0 Mio. €) zeigt sich damit ein Plus von 22,0 %. Auch für den Monat August 2018 zeichnen sich weitere Zuwächse ab.

Auf Grund des seit Jahresanfang aufgelaufenen positiven Solländerungssaldos sowie auch unter Berücksichtigung des Umstandes, dass auf Basis von Mitteilungen des Finanzamtes bzw. der betreffenden Steuerpflichtigen bis Ende des Jahres 2018 vermutlich noch gegenläufige Steuererstattungen im unteren dreistelligen Millionenbereich geleistet werden müssen, kann ein deutlicher Aufwuchs der Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2018 prognostiziert werden.

Hervorzuheben ist aber auch, dass die Gewerbesteuer besonders stark von der regionalen Wirtschaftskraft abhängig ist. Darin liegt zugleich eine besondere Chance aber auch ein deutliches Risikopotenzial für das Steueraufkommen der Gewerbesteuer. Maßgebliche Veränderungen für das Gesamtaufkommen können z.B. schon durch eine individuelle Gewerbesteuervorauszahlungsminderung bei einem der größeren Gewerbesteuerzahler hervorgerufen werden. Expandierende Gewinne der Unternehmen können andererseits Ursache für einen zusätzlichen Anstieg der Gewerbesteuereinzahlungen sein. Hinzu kommen die Ergebnisse aus den Steuermessbetragsveranlagungen durch das Finanzamt, die mitunter auch bereits weit zurückliegende Besteuerungszeiträume betreffen und zu individuellen Steuernachzahlungen der Unternehmen aber mitunter auch zu erheblichen Steuererstattungen bereits bezahlter Steuern von der Stadt an die betreffenden Unternehmen führen können.

Angesichts der hohen Volatilität der Gewerbesteuer kann sich im weiteren Jahresverlauf der positive Trend fortsetzen, noch verstärken oder auch umkehren. Unter Berücksichtigung der langjährigen städtischen Erfahrungswerte sowie der zu erwartenden (negativen) Solländerungen bewegen sich für das gesamte Jahr 2018 die Prognosen in einer Bandbreite von rd. 2.690 Mio. € (Vorjahresvergleich) und rd. 2.810 Mio. € (Fünffjahresvergleich). Die Prognosewerte des Drei- und Zehnjahresvergleichs liegen bei rd. 2.780 Mio. €. Für das Gesamtjahr 2018 deuten sich in jeder dieser Hochrechnungen insoweit Rekordsteuereinnahmen der Stadt München an. Angesichts der im bisherigen Jahresverlauf schon sehr massiven Zuwächse bei den Gewerbesteuereinnahmen ist für die Jahresprognose jedoch Zurückhaltung angezeigt.

Die Stadtkämmerei empfiehlt, den Planansatz für die Gewerbesteuer im Nachtragshaushalt 2018 um 270 Mio. € von 2.420 Mio. € auf 2.690 Mio. € anzuheben.

Gewerbesteuerumlagen

Infolge der Anhebung der Einnahmeerwartung bei der Gewerbesteuer ergeben sich Steigerungen bei den zu leistenden Gewerbesteuerumlagen. Die Berechnungsformel lautet: Örtliches Gewerbesteueraufkommen dividiert durch den örtlichen Hebesatz, multipliziert mit dem jeweiligen Vervielfältiger. Die für die Berechnung maßgeblichen Vervielfältiger für das Jahr 2018 betragen bei der Gewerbesteuer-Normalumlage 35 v.H. und bei der Gewerbesteuerumlage zur Finanzierung der Deutschen Einheit 33,3 v.H. Im Rahmen der bisherigen Haushaltsplanungen war mit Blick auf die vergangenen Jahre noch von einem Umlagesatz von 68,5 Prozentpunkten ausgegangen worden. Die Festsetzung der Erhöhungszahl gemäß § 6 Abs. 5 GFRG auf 4,3 Prozentpunkte erfolgte mit Wirkung ab 01.01.2018 durch Bundesverordnung vom 28. Februar 2018. Die damit verbundene Reduzierung der maßgeblichen Vervielfältiger der Gewerbesteuerumlagen um 0,2 Prozentpunkte führt zu voraussichtlichen Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage zur Finanzierung der Deutschen Einheit um rd. 1 Mio. €.

Der Ansatz der Gewerbesteuer-Normalumlage ist folglich um 19 Mio. € von 173 Mio. € auf 192 Mio. € und die Gewerbesteuerumlage zur Finanzierung der Deutschen Einheit um 18 Mio. € von 165 Mio. € auf 183 Mio. € zu erhöhen.

2.2 Zentrale Ansätze der Referate

Kommunalreferat - Zentrale Ansätze

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 52.564 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 22.217 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **74.781 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Stadtratsbeschlüsse – bisher noch nicht veranschlagte Mittel für Entwicklungsmaßnahmen (EM) des allgemeinen Grundvermögens (Kosten f. Abbruch, Altlasten, Sanierung) + 12.360 Tsd. €
- Erneute Beantragung von bisher nicht verbrauchten Beschlussmitteln auf Grund Neuer Planungen des Fachbereichs + 6.293 Tsd. €
- Anmeldung von Beschlussmitteln gem. neuer Planung des Fachbereichs für Entwicklungsmaßnahme (EM) des Schlacht- und Viehhofs + 2.634 Tsd. €

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 147.603 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 230.586 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **400.406 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 40.980 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 12.330 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **53.310 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Kapitalisierter Erbbauzins aus einem Grundstück in Freiham Nord (einmalige Einnahme 2018) + 10.370 Tsd. €

- VV-Beschluss Zuschüsse für Jubiläumsstiftung „Alte Heimat“	+ 4.300 Tsd. €
- Anpassung/Plankorrekturen für Mieteinnahmen und entspr. Nebenkosten	- 5.189 Tsd. €
- Anmeldung gem. neuer Planung des Fachbereichs für Entwicklungsmaßnahme (EM) des Schlacht- und Viehhofs (siehe auch Auszahlungen)	+ 1.555 Tsd. €
- Anpassung der Mittel für fremd verwaltete Objekte der Wohnungsbaugesellschaften (WBG)	+ 894 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 172.056 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 18.045 Tsd. € reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **166.341 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Personal- und Organisationsreferat - Zentrale Ansätze

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 499.450 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (- 64.853 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **434.597 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Anpassung der Erstattungszahlungen	+ 2.130 Tsd. €
- Anpassung Versorgungsauszahlungen (Nur im Finanzhaushalt)	+ 1.928 Tsd. €
- Personalauszahlungen	- 68.661 Tsd. €

Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:

„Insgesamt reduziert sich der Ansatz in diesem Bereich um 68.661 Tsd. €. Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung in die jeweiligen Teilhaushalte in Höhe von **7.391 Tsd. €** ausgeglichen.“

Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird insgesamt ein Betrag in Höhe von **41.068 Tsd. €** aus den zentralen Ansätzen verteilt. Hierfür wurden bereits Mittel in Höhe von 31,6 Mio. € einkalkuliert. Um den Tarifabschluss 2018 ausfi-

finanzieren zu können, ist ein offener Restbetrag zum Ausgleich der Teuerung 2018 in Höhe von **9.501 Tsd. €** erforderlich.

Aufgrund der verbesserten Stellenbesetzungssituation in den Teilhaushalten wird der Abschlag Vakanz angepasst. Es werden Mittel in Höhe von **9.419 Tsd. €** aus den zentralen Ansätzen des POR in die Teilhaushalte umgeschichtet.

Darüber hinaus kann der Planansatz der zentralen Ansätze um weitere **20.283 Tsd. €** reduziert werden. In dieser Reduzierung sind Verschiebungen in die Teilhaushalte enthalten aber auch Plankorrekturen berücksichtigt, die an den gesamtstädtischen Zentralhaushalt zurückgegeben werden können.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 523.462 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 347.962 Tsd. € reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **108.719 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen ergeben sich aus der Veränderung bei den personalwirtschaftlichen Rückstellungen. Das Personal- und Organisationsreferat nimmt hierzu wie folgt Stellung:

„Im Nachtrag 2018 wurde die Darstellung des Aufwands für die Bildung der personalwirtschaftlichen Rückstellungen gegenüber dem Schlussabgleich 2018 verändert. Beim Nachtrag 2018 enthält der Aufwand die komplette Inanspruchnahme der Rückstellungen. Beim Schlussabgleich 2018 war dieser Posten nur eingerechnet soweit er in den Referaten anfiel. Die Planwerte für die Zentralen Ansätze des Personalreferats (Buchungskreis 0099) blieben außer Ansatz.

Die bis einschließlich Schlussabgleich 2018 verwendete Darstellungsweise hatte folgenden Hintergrund:

Die Inanspruchnahme der Rückstellungen (negativer Wert im System) und die Versorgungs- und Beihilfeauszahlungen an Versorgungsempfänger sowie die Auszahlungen in der Freistellungsphase der Altersteilzeit (positive Werte im System) im Buchungskreis 0099 waren bis 2013 im Wesentlichen betragsgleich. Die betroffenen Sachkonten glichen sich aus, so dass sich ein Nullsummenspiel ergab. In Konsequenz wurde bei der Planung auf die Darstellung im System verzichtet.

Im Zug der Umstellung der Berechnung der personalwirtschaftlichen Rückstellungen von manueller auf maschinelle Berechnung im Jahr 2014 ergab sich, dass im Gemeindehaushalt aufgrund der Dienstherrinneneigenschaft der LHM auch die Pensions- und Beihilferückstellungen für Beamte bei städtischen Beteiligungsgesellschaften in voller Höhe zu bilden sind. Hinzu kommen die Rückstellungen für Erstattungen an andere Dienstherrn für frühere Beamte der LHM, deren Versorgungsauszahlungen zwischen der LHM und anderen Dienstherrn aufgeteilt werden.

Die Versorgungsauszahlungen für diese Personenkreise fallen nicht im Gemeindehaushalt an. Die Inanspruchnahme der entsprechenden Rückstellungen muss jedoch dort gebucht werden. Damit geht das oben beschriebene Nullsummenspiel nicht mehr auf. Die Darstellung der Veränderungen beim Aufwand für die Bildung der Rückstellungen wies einen Schiefstand auf, Ist und Plan waren nicht mehr vergleichbar.

Mit der Darstellung des Aufwands ab dem Nachtrag 2018 wird dies richtiggestellt.

Beim Vergleich der Planwerte mit dem Schlussabgleich 2018 sinkt dadurch der Aufwand für die Rückstellungsbildung um 347.962 Tsd. €.“

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 24.495 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 5.349 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **29.844 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die Veränderung:

- Anpassung der Erstattungszahlungen + 5.349 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 27.898 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 4.036 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **37.283 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

3. Referatsteilhaushalte

3.1 Ergebnis-/Finanzhaushalt - laufende Verwaltungstätigkeit

Direktorium

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 61.424 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (- 1.536 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **59.888 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Anpassungen an den Mittelabfluss 2018 (diverse Sachverhalte) - 435 Tsd. €
- Leistungen an it@M - 208 Tsd. €

- Miete für Großkopierer - 200 Tsd. €
- Personalauszahlungen - 593 Tsd. €
 Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:
 „Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **22 Tsd. €** ausgeglichen. Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Direktorium insgesamt ein Betrag in Höhe von **765 Tsd. €** erforderlich. Aufgrund der Stellenbesetzungssituation im Direktorium wird der Abschlag Vakanz angepasst. Es werden Mittel in Höhe von **258 Tsd. €** aus den zentralen Ansätzen des POR umgeschichtet. Zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist, wird der Plan unter Berücksichtigung einer ausreichenden Sicherheitsreserve um einen Betrag in Höhe von **771 Tsd. €** erhöht.

 Für die Gründung des IT-Referats wurden **2.409 Tsd. €** für einzelne Teilbereiche vom Direktorium zum IT-Referat übertragen.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 82.102 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 1.326 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **81.892.Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 2.968 Tsd. €. Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (- 245 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **2.723 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die Veränderung:

- Zuschuss vom Bund (Beschaffung E-Autos) - 245 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 61.888 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 47 Tsd. € reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **61.596 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Baureferat

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 483.111 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 40.684 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **523.795 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Diverse Auszahlungen im Rahmen der Konzernsteuerumlage SWM GmbH + 17.734 Tsd. €
- Straßenbauunterhalt + 3.200 Tsd. €
- Vergleichsvereinbarung, Auszahlung Anteil Regierung Oberbayern + 2.843 Tsd. €
- Sanierung Radwege in Grünanlagen, Umschichtung aus investiven Mitteln + 2.100 Tsd. €
- Unterhalt Straßenbeleuchtung und Verkehrsleittechnik + 1.620 Tsd. €
- Winterdienstleistungen und Reinigung der Straßen- und Brückenabläufe + 1.582 Tsd. €
- Bereits gefasste Beschlüsse bis einschließlich August + 1.011 Tsd. €
- Unterhalt von öffentlichen Grünflächen + 993 Tsd. €
- Betrieb und Unterhalt der Münchner Straßentunnel (Sonderunterhalt) + 962 Tsd. €
- Leistungen an it@M + 950 Tsd. €
- Unterhalt des Straßenbegleitgrüns + 759 Tsd. €
- Personalauszahlungen + 7.521 Tsd. €
Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:

„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **-397 Tsd. €** ausgeglichen. Hier wurden 15,87 Stellen bereits im Haushalt 2018 veranschlagt, jedoch aufgrund der Höchstgrenze von 800 Stellen nicht eingerichtet.

Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Baureferat insgesamt ein Betrag in Höhe von **3.773 Tsd. €** erforderlich.

Aufgrund der Stellenbesetzungssituation im Baureferat wird der Abschlag Vakanz angepasst. Es werden Mittel in Höhe von **2.938 Tsd. €** aus den zentralen Ansätzen des POR umgeschichtet.

Zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist, wird der Plan unter Berücksichtigung einer ausreichenden Sicherheitsreserve um einen Betrag in Höhe von **1.207 Tsd. €** erhöht.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 940.886 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 17.995 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **999.565 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 507.937 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 29.929 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **537.866 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------|-----------------|
| - Einzahlungen im Rahmen der Konzernsteuerumlage SWM GmbH | + 18.961 Tsd. € |
| - Gewinnausschüttung SWM GmbH | + 9.801 Tsd. € |
| - Zuweisungen vom Land aus dem Krafffahrzeugsteuerverbund | + 1.886 Tsd. € |
| - Zuschuss für Sanierungsmaßnahmen am Starzenbach (Possenhofen) | + 696 Tsd. € |
| - Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte im Bereich Tiefbau | - 1.130 Tsd. € |

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 652.433 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 1.218 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **683.580 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Kommunalreferat - Referatsbereich

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 265.341 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 18.879 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **284.220 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Stadtratsbeschlüsse - bisher noch nicht veranschlagte Mittel (im Wesentlichen für Anmietungen u. Baufeldfreimachung)+ 10.755 Tsd. €
- Stellplatzablöse – nachträgliche Forderung i.R.d. Anmietung eines Verwaltungs-/Bürogebäudes aus Beschluss 14-20 / V 06913 v. 19.10.2016 + 1.125 Tsd. €
- Teilumschichtung des Planansatzes aus den Zentralen Ansätzen des Kommunalreferates für Planungsleistungen des Münchner Volkstheaters + 2.500 Tsd. €
- Erneute Beantragung von bisher nicht verbrauchten Beschlussmitteln für Mietsonderzahlungen + 1.558 Tsd. €
- Anpassung der Mittel für fremd verwaltete Objekte der Wohnungsbaugesellschaften (WBG) + 2.367 Tsd. €
- Rückgabe Mittel für Leasinggebühren Blumenstraße auf Grund Beendigung des Vertrages - 1.000 Tsd. €
- Rückgabe Mittel für Anmietung Hellabrunnerstraße auf Grund Beendigung des Vertrages - 1.251 Tsd. €
- Personalauszahlungen + 2.339 Tsd. €
 Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:
 „Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **380 Tsd. €** ausgeglichen. Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Kommunalreferat insgesamt ein Betrag in Höhe von **1.155 Tsd. €** erforderlich. Aufgrund der Stellenbesetzungssituation im Kommunalreferat wird der Abschlag Vakanz angepasst. Es werden Mittel in Höhe von **1.967 Tsd. €** aus den zentralen Ansätzen des POR umgeschichtet.

Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Betrag in Höhe von **1.162 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheitsreserve berücksichtigt.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 372.843 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 2.790 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **394.512 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 55.943 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 1.822 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **57.765 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigste Veränderung:

- Anpassung der Mittel für fremdverwaltete Objekte der Wohnungsbaugesellschaften (WBG) + 1.520 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 279.623 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 84 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **281.529 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Kreisverwaltungsreferat

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 288.200 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 16.484 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **304.684 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Zusätzliche Bedarfe für die Abwicklung der Landtags- und Bezirkswahl 2018 + 1.111 Tsd. €

- Bereits gefasste Beschlüsse bis einschließlich August 2018 + 804 Tsd. €
- Abruf von Restmitteln aus Vorjahren + 1.491 Tsd. €
- Leistungen an it@M + 4.025 Tsd. €
- Mehrbedarf bei Anschaltung von Brandmeldeanlagen + 250 Tsd. €
- Anpassung bei den Verwaltungskostenerstattungen bei den Zulassungen - 219 Tsd. €
- Aufgabenübertragung des Sachgebietes Bau-VV-OWIE des Baureferates an das Kreisverwaltungsreferat + 72 Tsd. €
- Personalauszahlungen + 8.632 Tsd. €

Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:

„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **4.633 Tsd. €** ausgeglichen.

Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Kreisverwaltungsreferat insgesamt ein Betrag in Höhe von **4.650 Tsd. €** erforderlich.

Die Einstellungen für den neu gegründeten Kommunalen Außendienst laufen seit geraumer Zeit. Für 2018 werden voraussichtlich noch 40 weitere Personen eingestellt, was zu einer zusätzlichen Anmeldung von **973 Tsd. €** führt. Für einen vorübergehend erhöhten Personaleinsatz zur Durchführung der Landtags- und Bezirkstagswahl 2018 werden Mittel in Höhe von **149 Tsd. €** im Bereich Wahlen veranschlagt.

Im Bereich der Branddirektion hat sich die Zulage für den „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ (Nachtarbeit von 4,18 € auf 4,50 €) geändert, was eine zusätzliche fremdbestimmte Finanzierung in Höhe von **400 Tsd. €** erfordert.

Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Betrag in Höhe von **2.173 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheitsreserve berücksichtigt.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 380.451 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 15.480 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **412.415 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 111.076 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 2.494 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **113.570 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Anpassung des Planansatzes bei den
Verwaltungsgebühren für Aufenthaltsgewährung + 250 Tsd. €
- Anpassung des Planansatzes bei den
Verwaltungsgebühren im Bereich Staatsangehörigkeit + 260 Tsd. €
- Anpassung des Planansatzes bei den
Sondernutzungsgebühren im Bereich Verkehrsanordnungen + 866 Tsd. €
- Aufgabenübertragung des Sachgebietes VV-OWIE des
Baureferates an das Kreisverwaltungsreferat + 945 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 113.765 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 668 Tsd. € reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **115.591 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Kulturreferat

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 214.905 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 6.664 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **221.569 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Mü. Philharmoniker - erneute Bereitstellung
unverbraucher Mittel aus 2017
(davon 1.022 Tsd. € nur im Finanzhaushalt) + 1.084 Tsd. €
- Mü. Philharmoniker - Verwendung der
Mehreinzahlungen + 1.018 Tsd. €
- Inanspruchnahme diverser Rückstellungen
(nur im Finanzhaushalt) + 1.143 Tsd. €

- Biennale - erneute Bereitstellung unverbrauchter Mittel aus 2017 + 440 Tsd. €
- IT-Leistungen von it@M + 314 Tsd. €
- Bereits gefasste Beschlüsse (v.a. Betriebskostenzuschuss Mü. Kammerspiele) + 293 Tsd. €
- Galerie im Lenbachhaus - Ansatzreduzierung - 300 Tsd. €
- Reduzierung Stiftungszuschuss - 131 Tsd. €
- Personalauszahlungen + 2.798 Tsd. €
 Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:
 „Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **85 Tsd. €** ausgeglichen. Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Kulturreferat insgesamt ein Betrag in Höhe von **1.533 Tsd. €** erforderlich. Aufgrund der Stellenbesetzungssituation im Kulturreferat wird der Abschlag Vakanz angepasst. Es werden Mittel in Höhe von **2.282 Tsd. €** aus den zentralen Ansätzen des POR umgeschichtet. Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Betrag in Höhe von **1.102 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheitsreserve berücksichtigt.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 277.216 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 1.166 Tsd. € (- 2.165 Tsd. € „nur im Finanzhaushalt“, + 999 Tsd. € nicht zahlungswirksame Aufwendungen) reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **282.714 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 15.955 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 230 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **16.185 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Anpassung Einzahlungen Mü. Philharmoniker + 1.018 Tsd. €
- Mü. Stadtbibliothek - Ansatzreduzierung - 500 Tsd. €

- Galerie im Lenbachhaus - Ansatzreduzierung - 300 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 52.180 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 37 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **52.447 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Personal- und Organisationsreferat - Referatsbereich

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 99.414 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 7.232 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **106.646 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Leistungen an it@M + 741 Tsd. €
- bereits gefasste Beschlüsse bis einschließlich August + 364 Tsd. €
- Personalauszahlungen + 6.208 Tsd. €
Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:
„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **-212 Tsd. €** ausgeglichen. Hier wurden 8,47 Stellen zur Ausgangsplanung finanziert, jedoch aufgrund der Höchstgrenze von 800 Stellen nicht eingerichtet.
Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Personal- und Organisationsreferat insgesamt ein Betrag in Höhe von **1.659 Tsd. €** erforderlich. Zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist, wird der Plan unter Berücksichtigung einer ausreichenden Sicherheitsreserve um einen Betrag in Höhe von **261 Tsd. €** erhöht. Um weitere **4.500 Tsd. €** muss der Planansatz für die Ausbildung aufgestockt werden.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 116.774 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 3.764 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **127.770 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 5.659 Tsd. €.

Da in diesem Bereich keine Veränderungen zu verzeichnen waren, ergibt sich zum Nachtragshaushaltsplan ein **Einzahlungsvolumen** in Höhe von **5.659 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 76.272 Tsd. €. Die nicht zahlungswirksamen Erträge wurden in Saldo um 108 Tsd. € reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **76.164 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Referat für Arbeit und Wirtschaft

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 118.816 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 13.426 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **132.242 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- bereits gefasste Beschlüsse bis einschließlich August + 6.483 Tsd. €
- Pachtzahlung LHM an SWM für OMG + 6.180 Tsd. €
- Personalauszahlungen + 859 Tsd. €

Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:

„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **159 Tsd. €** ausgeglichen. Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Referat für Arbeit und Wirtschaft insgesamt ein Betrag in Höhe von **350 Tsd. €** erforderlich. Aufgrund der Stellenbesetzungssituation im Referat für Arbeit und Wirtschaft wird der Abschlag Vakanz angepasst. Es werden Mittel in Höhe von **395 Tsd. €** aus den zentralen Ansätzen des POR umgeschichtet. Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Betrag in Höhe von **45 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheitsreserve berücksichtigt.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 150.877 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwen-

dungen in Saldo um 538 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **164.841 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 126.694 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 14.810 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **141.504 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Gesellschafterdarlehenszinsen der Messe München GmbH + 10.702 Tsd. €
- bereits gefasste Beschlüsse bis einschließlich August + 2.118 Tsd. €
- Konzessionsabgabe der SWM + 1.125 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 131.415 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 23 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **146.248 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Referat für Gesundheit und Umwelt

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 147.961 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 2.807 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **150.768 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Münchner Förderprogramm Energieeinsparung (FES) + 763 Tsd. €
- Klimaschutzaktionsplan + 454 Tsd. €
- Leistungen an it@M + 326 Tsd. €

- Krankenhausumlage - 564 Tsd. €
- Betrauungsakte StKM - 7 Tsd. €
(Nur im Finanzhaushalt)
- Personalauszahlungen + 1.845 Tsd. €
Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:
„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **152 Tsd. €** ausgeglichen. Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Referat für Gesundheit und Umwelt insgesamt ein Betrag in Höhe von **1.433 Tsd. €** erforderlich. Zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist, wird der Plan unter Berücksichtigung einer ausreichenden Sicherheitsreserve um einen Betrag in Höhe von **260 Tsd. €** erhöht.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 180.859 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 6.208 Tsd. € (+ 353 Tsd. € „nur im Finanzhaushalt“, + 5.855 Tsd. € nicht zahlungswirksame Aufwendungen) erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **189.874 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 52.346 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (- 87 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **52.259 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Zinsen Gebührenausgleichsrücklage + 503 Tsd. €
- Anpassung der Einzahlungen im Asylbereich - 668 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrugen 52.416 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 92 Tsd. € (- 78 Tsd. € „nur im Finanzhaushalt“, - 14 Tsd. € nicht zahlungswirksame Erträge) reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **52.237 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 40.943 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 5.456 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **46.399 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Leistungen an it@M - 554 Tsd. €
(hiervon + 1.449 Tsd. € nur im Finanzhaushalt)
- Ertragszuschuss 2018 Backup-Rechenzentrum + 4.391 Tsd. €
(hiervon + 898 Tsd. € nur im Finanzhaushalt)
- Personalauszahlungen + 1.619 Tsd. €
Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:
„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **233 Tsd. €** ausgeglichen. Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim RIT insgesamt ein Betrag in Höhe von **148 Tsd. €** erforderlich. Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Betrag in Höhe von **1.170 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheitsreserve berücksichtigt.“

Für die Gründung des IT-Referats wurden **2.409 Tsd. €** für einzelne Teilbereiche vom Direktorium zum IT-Referat übertragen.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 40.943 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 1.088 Tsd. € (- 2.347 Tsd. € Betrag aus „nur im Finanzhaushalt“ + 1.259 Tsd. € nicht zahlungswirksame Aufwendungen) reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **45.311 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 0 Tsd. €. Da in diesem Bereich keine Veränderungen zu verzeichnen waren, ergibt sich zum Nachtragshaushaltsplan ein **Einzahlungsvolumen** in Höhe von **0 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 0 Tsd. €. Die nicht zahlungswirksamen Erträge wurden in Saldo um 679 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **679 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 82.374 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (- 830 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **81.544 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Reduzierung des Budgets der MGS als
Stadtsanierungstreuhanderin - 3.400 Tsd. €
- Reduzierung der Mittel für die Stadtsanierung - 2.235 Tsd. €
- EU-Projekt 'Smarter Together' + 250 Tsd. €
- Leistungen an it@M + 441 Tsd. €
- Personalauszahlungen + 3.036 Tsd. €

Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:

„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **305 Tsd. €** ausgeglichen. Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung insgesamt ein Betrag in Höhe von **1.245 Tsd. €** erforderlich.

Aufgrund der Stellenbesetzungssituation im Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird der Abschlag Vakanz angepasst. Es werden Mittel in Höhe von **1.242 Tsd. €** aus den zentralen Ansätzen des POR umgeschichtet.

Zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist, wird der Plan unter Berücksichtigung einer ausreichenden Sicherheitsreserve um einen Betrag in Höhe von **243 Tsd. €** erhöht.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 113.346 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 3.165 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **115.681 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 32.802 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 1.805 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **34.607 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Rückzahlung von nicht mehr gebundenen Restmitteln aus dem Treuhandvermögen von der MGS als Stadtsanierungstreuhänderin + 3.500 Tsd. €
- Reduzierung der Einzahlungen von Städtebaufördermitteln (MGS) - 609 Tsd. €
- Reduzierung der Einzahlungen von Städtebaufördermitteln (städt. Bereich) - 1.660 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 34.334 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 18 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **36.157 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Referat für Bildung und Sport

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 1.558.927 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 7.907 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **1.566.834 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Kindertageseinrichtungen - Zahlungen an Verbände der freien Gesundheits- und Wohlfahrtspflege + 15.794 Tsd. €

- Rückzahlung von im Vorjahr zu viel vereinnahmter
Lehrpersonalzuschüsse + 5.069 Tsd. €
- Umschichtungen aus investiven Pauschalen
in den Bauunterhalt + 1.462 Tsd. €
- Verpflegungsgelder Tagesheime + 1.079 Tsd. €
- Leistungen an it@M + 843 Tsd. €
- Anpassung diverser Planansätze an den zu
erwartenden Mittelabfluss - 7.500 Tsd. €
- Personalauszahlungen - 8.627 Tsd. €

Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt
Stellung:

„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden im Deckungs-
bereich des Referats für Bildung und Sport budgetseitig durch Umschichtung aus den
zentralen Ansätzen in Höhe von **384 Tsd. €** ausgeglichen.

Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Referat für
Bildung und Sport insgesamt ein Betrag in Höhe von **1.959 Tsd. €** erforderlich.

Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Be-
trag in Höhe von **6.884 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheits-
reserve berücksichtigt.

Weitere **335 Tsd. €** sind zur Finanzierung von vier Stellen im Pädagogischen Institut er-
forderlich. Diese Stellen können aufgrund eines Stellenplanvermerks für Abordnungen
abgerufen werden.

Für den Bereich der Schulen wird zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und
Tarifbereich insgesamt ein Betrag in Höhe von **9.158 Tsd. €** erforderlich.

Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Be-
trag in Höhe von **5.462 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheits-
reserve berücksichtigt.

Im Bereich Informationstechnologie wird zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beam-
ten- und Tarifbereich insgesamt ein Betrag in Höhe von **430 Tsd. €** erforderlich.

Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist, trotz Be-
rücksichtigung einer ausreichenden Sicherheitsreserve, ein Betrag in Höhe von **1.360
Tsd. €** reduziert werden.

Für den Bereich der Kindertagesbetreuung wird zur Finanzierung der Teuerung 2018 im
Beamten- und Tarifbereich insgesamt ein Betrag in Höhe von **6.325 Tsd. €** erforderlich.

Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Be-
trag in Höhe von **13.513 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicher-
heitsreserve berücksichtigt.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 2.016.004 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwen-
dungen in Saldo um 39.757 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in
Höhe von **2.063.668 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 631.952 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 4.921 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **636.873 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Zuweisungen vom Land für KITAs	+ 3.848 Tsd. €
- Verpflegungsgelder Tagesheime	+ 3.789 Tsd. €
- Benutzungsgebühren der städtischen Einrichtungen	+ 2.200 Tsd. €
- Erstattungen vom Land im Gast- und Vertragsschulwesen	+ 1.566 Tsd. €
- Zuweisungen von übrigen Bereichen für Tageseinrichtungen in nicht-städtischer Trägerschaft	+ 808 Tsd. €
- Zuweisungen vom Land Lehrpersonalzuschüsse	+ 691 Tsd. €
- Rückzahlungen im Rahmen der Münchner Förderformel	- 4.815 Tsd. €
- in 2018 erfolgt keine Gewinnausschüttung der Stadtparkasse	-3.285 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 675.416 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 3.553 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **683.890 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Sozialreferat

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 1.551.699 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (-75.421 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **1.476.278 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Großtagespflege - 3.100 Tsd. €
- Leistungen nach dem SGB VIII - 48.192 Tsd. €
- Transferauszahlungen nach dem AsylbLG - 4.779 Tsd. €
- Bereitstellung und Betrieb sozialer Einrichtungen - 19.869 Tsd. €
- Personalauszahlungen + 951 Tsd. €

Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:

„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **1.144 Tsd. €** ausgeglichen.

Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Sozialreferat insgesamt ein Betrag in Höhe von **5.531 Tsd. €** erforderlich.

Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Betrag in Höhe von **5.725 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheitsreserve berücksichtigt.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 1.743.966 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 8.415 Tsd. € (der Betrag setzt sich zusammen aus Personalkostenrückstellungen und weiteren nicht zahlungswirksamen Aufwendungen) erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **1.676.960 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 679.308 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (- 35.610 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **643.698 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Großtagespflege - 2.800 Tsd. €
- Leistungen nach dem SGB VIII - 53.100 Tsd. €

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| - Transfereinzahlungen nach dem AsylbLG | + 11.325 Tsd. € |
| - Bereitstellung und Betrieb sozialer Einrichtungen | + 41.865 Tsd. € |
| - Grundsicherung gem. SGB XII
(nur Finanzhaushalt, da aufgrund Gesetzesänderung
ein Quartal 2018 erst in 2019 eingeht) | - 32.640 Tsd. € |

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 681.057 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 2.694 Tsd. € (siehe hierzu Ziffern 28 – 32 der Anlage 1) erhöht. Unter Berücksichtigung der folgend näher erläuterten differenzierten Darstellung zwischen Erträgen und Einnahmen errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **655.840 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Neben den oben dargestellten Anpassungen weichen die Veränderungen bei den Erträgen erheblich von den Einzahlungen ab. Einerseits führen im Vorjahr gebuchte Erträge teilweise erst in 2018 zu Einzahlungen, andererseits werden Erträge die in 2018 gebucht werden, nicht immer auch noch zu Einzahlungen in 2018. Dieser betriebswirtschaftlichen Gegebenheit wurde durch die differenzierte Betrachtung der Erträge und Einzahlungen in der Planung Rechnung getragen. Im konkreten Fall ist die Reduzierung der Erträge im Rahmen des Nachtrags 2018 um 7.699 Tsd. € geringer als die Reduzierung bei den Einzahlungen.

Stadtkämmerei - Referatsbereich

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 66.457 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (+ 25.048 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **91.505 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| - Aufstockung Eigenkapital StKM,
bisher investiv
(nur im Finanzhaushalt) | + 24.781 Tsd. € |
| - Betriebskostenzuschuss BVQ-StKM | - 1.000 Tsd. € |
| - Projekt eRechnung - erneute Bereitstellung
unverbraucher Mittel aus 2016/17 | + 100 Tsd. € |

- Personalauszahlungen + 1.244 Tsd. €
Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:
„Die Veränderungen aus Beschlüssen aus dem 2. Halbjahr 2017 werden budgetseitig durch Umschichtung aus den zentralen Ansätzen in Höhe von **505 Tsd. €** ausgeglichen. Zur Finanzierung der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird bei der Stadtkämmerei insgesamt ein Betrag in Höhe von **820 Tsd. €** erforderlich. Aufgrund der Stellenbesetzungssituation in der Stadtkämmerei wird der Abschlag Vakanz angepasst. Es werden Mittel in Höhe von **338 Tsd. €** aus den zentralen Ansätzen des POR umgeschichtet. Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Betrag in Höhe von **418 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheitsreserve berücksichtigt.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 94.979 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 13.085 Tsd. € (- 24.781 Tsd. € „nur im Finanzhaushalt“, + 11.696 Tsd. € nicht zahlungswirksame Aufwendungen) reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **106.942 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 11.624 Tsd. €.

Nach den vom Referat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (- 8.848 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Einzahlungsvolumen** in Höhe von **2.776 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigste Veränderung:

- Nebenforderungen (Säumniszuschläge, Mahngebühren),
Umschichtung zu den zentralen Ansätzen - 8.909 Tsd. €

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 38.415 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Erträge in Saldo um 5.378 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **34.945 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Revisionsamt

Das Budget des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 5.728 Tsd. €. Nach den vom Referat und dem Personal- und Organisationsreferat vorgeschlagenen und von der Stadtkämmerei anerkannten Veränderungen (-141 Tsd. €) errechnet sich ein **neues Budget** in Höhe von **5.587 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Alle Veränderungen sind in der referatsspezifischen Änderungsliste dargestellt (Anlage 1).

Die wichtigsten Veränderungen:

- Leistungen an it@M + 53 Tsd. €
- Personalauszahlungen - 194 Tsd. €
 Hierzu nimmt das Personal- und Organisationsreferat wie folgt Stellung:
 „Zum Ausgleich der Teuerung 2018 im Beamten- und Tarifbereich wird beim Revisionsamt insgesamt ein Betrag in Höhe von **130 Tsd. €** erforderlich.
 Darüber hinaus kann zur Anpassung des Planwerts an das voraussichtliche Ist ein Betrag in Höhe von **324 Tsd. €** reduziert werden. Dabei ist eine ausreichende Sicherheitsreserve berücksichtigt.“

Das Budget des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betrug 8.319 Tsd. €. Neben den oben erläuterten Veränderungen wurden die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen in Saldo um 310 Tsd. € erhöht. Es errechnet sich hieraus ein **neues Budget** in Höhe von **8.488 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Die Einzahlungen des Finanzhaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 475 Tsd. €. Da in diesem Bereich keine Veränderungen zu verzeichnen waren, ergibt sich zum Nachtragshaushaltsplan ein **Einzahlungsvolumen** in Höhe von **475 Tsd. €** (vgl. Teilfinanzhaushalt).

Die Erträge des Ergebnishaushalts zum Stand Haushaltsplan 2018 betragen 8.335 Tsd. €. Die nicht zahlungswirksamen Erträge wurden in Saldo um 239 Tsd. € reduziert. Es errechnet sich hieraus ein **neuer Gesamtbetrag der Erträge** in Höhe von **8.096 Tsd. €** (vgl. Teilergebnishaushalt).

Gesamtaufstellung der in den Referatsteilen enthaltenen Veränderungen der it@M-Budgets

	ohne Projekte (Leistungsblock 1) in Tsd. €	Projekte und Kontingente (Leistungsblock 2) in Tsd. €	Gesamt in Tsd. €
Direktorium	-187	-21	-208
Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik	-8.913	8.359	-554
Baureferat	689	261	950
Kommunalreferat	1.384	-873	511
Kreisverwaltungsreferat	1.164	2.861	4.025
Kulturreferat	270	44	314
Personal- und Organisationsreferat	468	273	741
Referat für Arbeit und Wirtschaft	148	2	150
Referat für Gesundheit und Umwelt	124	202	326
Referat für Stadtplanung und Bauordnung	458	-17	441
Referat für Bildung und Sport	200	643	843
Sozialreferat	222	-65	157
Stadtkämmerei	59	-136	-77
Revisionsamt	53	0	53
nicht rechtsf. Stiftungen des Kulturreferats	2	0	2
Gesamt	-3.859	11.533	7.674

3.2 Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Die Einzahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit 2018 reduzieren sich gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan um insgesamt 15.786.400 €.

Die Auszahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit 2018 reduzieren sich gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan um insgesamt 39.262.200 €.

Die wesentlichen Veränderungen der Investitions- und Finanzierungstätigkeit stellen sich wie folgt dar (Details siehe Anlage 1 Ziff. 5a):

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (+ 28.414 Tsd. €):

Darlehensrückflüsse

Außerplanmäßige Tilgungen von 3.347 Tsd. € im Bereich der Verwaltungsgebäude und von 3.000 Tsd. € im Bereich der Wohnungsbauförderung führen im Nachtrag zu einer Plananpassung von insgesamt 6.347 Tsd. €.

Investitionszuweisungen

Die bei GR 36 veranschlagten Investitionszuweisungen verringern sich per Saldo um rund 8.469 Tsd. €. Die größten Änderungen ergeben sich bei den Investitionszuweisungen für den Schulbereich (+ 10.258 Tsd. €), die Kindertagesstätten (+ 4.658 Tsd. €) und der Sanierung „Alte Heimat“ (- 23.949 Tsd. €).

Einnahmen aus der Veräußerung von Finanzanlagen

Bei den Einnahmen aus der Veräußerung von Finanzanlagen sind im Rahmen des Nachtrags keine Veränderungen notwendig.

Einnahmen aus Veräußerung von Grund- und Vorratsvermögen

Die Einnahmen aus Veräußerung von Grund- und Vorratsvermögen erhöhen sich per Saldo um 32.896 Tsd. €.

Maßgeblich verantwortlich hierfür ist die angepasste Einnahmenschätzung beim Projekt Freiham (UA 8830) in Höhe von 30.229 Tsd. €, die nunmehr auch einen geplanten Grundstückstausch beinhaltet.

Ablösung von Stellplatzverpflichtungen

Auf Grund der bisherigen Einnahmen, der gestiegenen Wohnungsbauzahlen und der Zahl der aktuellen Genehmigungsbescheide ist eine Anpassung um + 3.300 Tsd. € auf nunmehr 13.300 Tsd. € angezeigt.

Sonderposten aus SoBoN

Im Rahmen der Sozialgerechten Bodennutzung werden im Haushaltsjahr 2018 voraussichtlich Infrastrukturbeiträge in Höhe von 30.000 Tsd. € erwartet. Der ursprüngliche Haushaltsplanansatz wird somit um 6.000 Tsd. € reduziert.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (- 39.262 Tsd. €):

Erwerb von Finanzanlagen

Beim Erwerb von Finanzanlagen kommt es lediglich zu haushaltsneutralen Verschiebungen zwischen dem Hoheitshaushalt und dem Stiftungsbereich.

Gewährung von Darlehen

Die Veranschlagungen für die Gewährung von Darlehen (GR 92) erhöhen sich per Saldo um 47.399 Tsd. €. Nahezu das gesamte Volumen ist auf die Anpassung an den prognostizierten Abfluss der Darlehensraten bei den wohnungspolitischen Handlungsprogrammen „Wohnen in München V und VI“ zurückzuführen.

Bewegliches Vermögen

Die Ansätze des beweglichen Vermögens verringern sich insgesamt um 72.324 Tsd. €, wovon aus Kassenwirksamkeitsgründen allein beim Referat für Bildung und Sport eine Reduzierung von saldiert 47.720 Tsd. € veranschlagt wird.

Bei den Belegrechten und Grundstückssubventionierungen bei „Wohnen in München VI“ werden die Planansätze insgesamt um 15.200 Tsd. € verringert. Eventuelle Stadtratsbeschlüsse werden frühestens im Herbst 2018 eingebracht werden können, mit einer Auszahlung der Mittel ist daher erst in 2019 zu rechnen.

Bei der Feuerwehr kommt es bei der Beschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen ebenfalls zu Verschiebungen auf die Nachjahre in Höhe von 7.300 Tsd. €.

Investitionszuweisungen und -zuschüsse

Die bei GR 98 veranschlagten Investitionszuweisungen und -zuschüsse reduzieren sich per Saldo um 91.254 Tsd. €.

Die größte Position ist die Anpassung der Investitionszuschüsse an die Stadtklinikum München GmbH (- 32.258 Tsd. €) entsprechend dem Entwurf zum 6. Umsetzungs- und Zahlungsplan.

Bei der Sanierung Wohnsiedlung Alte Heimat ist analog zur Anpassung bei den Einzahlungen eine Reduzierung um 9.600 Tsd. € berücksichtigt.

Bei der Pauschale für Investitionen verschiedener Sportvereine werden die derzeit veranschlagten Mittel nicht mehr in voller Höhe in 2018 kassenwirksam. Der Haushaltsplanansatz wird deshalb um 8.733 Tsd. € gekürzt und auf die Folgejahre verteilt.

Die im Rahmen des Beschlusses „Förderung der Elektromobilität in München“ geplante Beschaffung von Elektrobussen verschiebt sich auf das Jahr 2019 (- 7.950 Tsd. €).

Beim Ausweichquartier Orleansstr. 4 wird der Baukostenzuschuss erst nach Abschluss aller Umbaumaßnahmen im Jahr 2019 fällig (- 5.973 Tsd. €), beim Ausweichquartier Schertlinstr. 8 ist auf Grund von Bauverzögerungen eine Anpassung von - 4.000 Tsd. € notwendig. Bei den Flexiheimen wird die Pauschale nach der aktuellen Hochrechnung des Finanzbedarfs mit 4.500 Tsd. € niedriger dotiert.

Der mit Stadtratsbeschluss vom 12.10.2016 genehmigte Investitionszuschuss an die GWG wird voraussichtlich in 2018 nicht in voller Höhe benötigt. Dementsprechend wird eine Reduzierung von 4.000 Tsd. € eingeplant.

Um 3.805 Tsd. € wurde das Förderprogramm Elektromobilität gekürzt. Es wird in 2018 nicht mehr mit dem ursprünglich geplanten Mittelabruf gerechnet.

Eigenkapitalaufstockung StKM

Die Anpassung im Nachtrag 2018 in Höhe von – 21.821 Tsd. € erfolgt entsprechend dem Entwurf des 6. Umsetzungs- und Zahlungsplans, die nunmehr im konsumtiven Bereich abgewickelt wird.

Kapitalrückführung an SWM GmbH

Gemäß Beschluss über die Regelungen der Finanzbeziehungen zwischen der Landeshauptstadt München und der Stadtwerke München GmbH ist der abzuführende Gewinn an die Stadtwerke München GmbH zurückzuführen, soweit die Gewinnabführungen den Betrag von 100.000 Tsd. € überschreiten. Der ursprüngliche Planansatz 2018 in Höhe von 205.177 Tsd. € ist nach Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses um 9.801 Tsd. € nach oben zu korrigieren.

Stammkapitalerhöhung GEWOFAG

Zum Ankauf eines Anwesens in einem Erhaltungssatzungsgebiet wird das Stammkapital der GEWOFAG um 7.900 Tsd. € erhöht.

Stammkapitalerhöhung GWG

Die Stammkapitalerhöhung der GWG wird an den 2018 benötigten Bedarf auf Grund der Ausübung verschiedener Vorkaufsrechte angepasst (+ 20.670 Tsd. €).

Grunderwerb

Das Gesamtvolumen der Grunderwerbungen wird um 89.324 Tsd. € erhöht.

Dabei wird allein der Planansatz beim Projekt Freiham um 71.465 Tsd. € heraufgesetzt. Für den Tausch Landschaftspark sind dabei zusätzliche Mittel von 65.616 Tsd. € notwendig. Der Erwerb von Vorratsvermögen beim Allgemeinen Grundvermögen kann um 28.598 Tsd. € erhöht werden. Die zusätzlichen Ausgabemittel werden vor allem für den Erwerb mehrerer Kindertagesstätten (+ 18.134 Tsd. €) und die Wiedereinplanung von Haushaltsresten verwendet.

Eine weitere größere Veränderung ist für den Ankauf von Grundstücken im Zusammenhang mit WIM VI (+ 10.000 Tsd. €) zu verzeichnen.

Bei der Bayernkaserne sind nach der neuesten Schätzung des Projektplaners nur noch in-

vestive Auszahlungen in 2018 in Höhe von 4.525 Tsd. € zu erwarten, dementsprechend wird der vorhandene Planansatz um 25.547 Tsd. € reduziert.

Hochbau

Die Veranschlagungen im Bereich Hochbau reduzieren sich per Saldo um 45.453 Tsd. €. Im Bereich der Schulbauten wird für 2018 insbesondere beim Bildungscampus Freiham (+ 17.000 Tsd. €), bei der Pauschale für das 5. Pavillonbauprogramm (+ 7.228 Tsd. €), dem BBZ Luisenstr. (+ 3.000 Tsd. €), der Grund- und Mittelschule Hanselmannstraße (+ 3.000 Tsd. €) und der Grundschule Berg-am-Laim-Straße (+ 2.931 Tsd. €) mit einem entsprechenden Mittelabfluss gerechnet.

Der Planansatz bei der Pauschale zur Errichtung von Pavillonanlagen in Höhe von 19.000 Tsd. € wird auf 0 gesetzt, alle hier ursprünglich geplanten Maßnahmen sind mittlerweile einzeln veranschlagt. Im selben Sinne werden die Pauschalen Festbauprogramm (1. und 2. Schulbauprogramm) um insgesamt 9.256 Tsd. € gekürzt.

Für die Sanierung „Alte Heimat“ wird in 2018 mit einem deutlich geringeren Bedarf kalkuliert (- 14.000 Tsd. €).

Die Pauschale Stadtсанierung wird durch Mittelumschichtungen in Höhe von - 8.858 Tsd. € angepasst.

Weitere größere Reduzierungen aus Kassenwirksamkeitsgründen sind auf eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen verteilt.

Tiefbau

Im Bereich des Tiefbaus verringern sich die Ansätze um 16.137 Tsd. €.

Ursache hierfür sind die aus Gründen der Kassenwirksamkeit notwendigen Anpassungen der Planansätze bei den Baukosten der U 5-West nach Pasing (- 5.200 Tsd. €) und dem Siedlungsschwerpunkt Freiham-Nord (- 1.700 Tsd. €). Weitere nennenswerte Anpassungen treten beim barrierefreien Ausbau der Unterführung Tegernseer Landstr./Otkerstr. in Höhe von - 1.500 Tsd. € und der in Folge von Mittelumschichtungen angepassten Freiraumpauschale (- 1.470 Tsd. €) zu Tage.

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (- 44.200 Tsd. €)

Allgemeine Finanzwirtschaft

Die Kreditaufnahmen werden um 44.200 Tsd. € reduziert, so dass im Haushaltsjahr 2018 keine Bruttokreditaufnahme mehr vorgesehen ist.

Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (keine Veränderungen)

C. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe

1. Stadtgüter München

Nachträge zum Wirtschaftsplan der Stadtgüter München liegen nicht vor.

2. Markthallen München

Nachträge zum Wirtschaftsplan der Markthallen München liegen nicht vor.

3. Münchner Stadtentwässerung

Nachträge zum Wirtschaftsplan der Münchner Stadtentwässerung liegen nicht vor.

4. Abfallwirtschaftsbetrieb München

Nachträge zum Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes München liegen nicht vor.

5. Münchner Kammerspiele

Der Stadtrat (Kulturausschuss als Werkausschuss am 05. Juli 2018 und Vollversammlung am 25. Juli 2018) hat für den Eigenbetrieb „Münchner Kammerspiele“ einen Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 01. September 2018 bis 31. August 2019 beschlossen. In diesem Wirtschaftsplan werden im Erfolgsplan die Erträge mit 40.379.000 € und die Aufwendungen mit 40.669.000 € bzw. im Vermögensplan die Einnahmen und Ausgaben mit je 12.000.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 16.000.000 € festgesetzt (s. a. Buchstabe F); auf die Ausführungen der Münchner Kammerspiele im Beschluss des Kulturausschusses als Werkausschuss vom 05. Juli 2018 wird verwiesen.

Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebs „Münchner Kammerspiele“ beginnt - abweichend vom Haushaltsjahr der Landeshauptstadt München - am 01. September und endet am 31. August des Folgejahres.

6. Dienstleister für Informations- und Telekommunikationstechnik der Stadt München (it@M)

Im 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebs „Dienstleister für Informations- und Telekommunikationstechnik der Stadt München (it@M)“ (IT-Ausschuss am 11. Juli 2018 und Vollversammlung am 25. Juli 2018) werden im Erfolgsplan die Erträge auf 211.759.581 € und die Aufwendungen auf 212.423.737 € (Jahresfehlbetrag 664.157 €) und im Vermögensplan die Einnahmen und Ausgaben auf 67.037.549 € erhöht. Gleichzeitig werden die Kreditermächtigung auf 43.057.274 € und der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 35.200.000 € erhöht (s. a. Buchstaben D und F).

D. Kreditermächtigungen

Der in der Haushaltssatzung 2018 festgesetzte Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird von 44.200.000 € um 44.200.000 € vermindert und damit auf 0 € neu festgesetzt.

Die in der Haushaltssatzung festgesetzten Gesamtbeträge der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe „Markthallen München“, „Münchener Stadtentwässerung“ und „Abfallwirtschaftsbetrieb München“ werden nicht geändert.

Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Münchner Kammerspiele“ für das Geschäftsjahr 01. September 2017 bis 31. August 2018 werden unverändert nicht festgesetzt.

Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Münchner Kammerspiele“ für das Geschäftsjahr 01. September 2018 bis 31. August 2019 werden nicht festgesetzt.

Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Stadtgüter München“ werden unverändert nicht festgesetzt.

Der in der Haushaltssatzung 2018 festgesetzte Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Dienstleister für Informations- und Telekommunikationstechnik der Stadt München (it@M)“ wird von 40.000.000 € um 3.057.274 € erhöht und damit auf 43.057.274 € neu festgesetzt.

E. Verpflichtungsermächtigungen

Die für das Haushaltsjahr 2018 festgesetzten Gesamtbeträge der Verpflichtungsermächtigungen ändern sich bei den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit wie folgt:

Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen lt. Haushaltsplan	792.093.000 €
lt. Nachtragshaushaltsplan	+ 371.517.800 €
Summe	<u>1.163.610.800 €</u>

Die Veränderungen des Nachtrags verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Haushaltsjahre:	2019	- 16.634.200 €
	2020	+ 284.392.000 €
	2021	+ 94.530.000 €
	2022	+ 9.230.000 €

Der Anstieg der VE vor allem in den Jahren 2020 und 2021 ist nahezu ausschließlich auf Baumaßnahmen zurückzuführen.

Insbesondere im Bereich der Immobilienverwaltung ist die Vergabe des Baus des Münchner Volkstheaters an einen Generalübernehmer zu nennen.

Im Bereich der Schulverwaltung sind die Realisierung des 5. Pavillonbauprogramms und der Baubeginn etlicher großer Projekte aus dem 1. und 2. Schulbauprogramm enthalten.

Zusätzlich fällt im Bereich des Münchner Stadtmuseums die Generalsanierung des Stadtmuseums an, der Baubeginn ist für 2020 vorgesehen.

Die Veränderungen der im Nachtragshaushaltsplan zu veranschlagenden Verpflichtungsermächtigungen beruhen auf folgenden Maßnahmen bzw. Maßnahmengruppen:

	2019	2020	2021	2022
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Personal- und Organisationsreferat	250	250	250	141
Immobilienmanagement	-34.109	86.381	61.582	7.796
Ausbildung	125	125	125	125
Schulverwaltung	29.910	59.100	0	0
Information/Kommunikation	0	18.900	0	0
Grundschulen	803	10.907	0	0
Mittelschulen	4.954	-10.000	0	0
Städtische Realschulen	509	1.849	0	0
Staatliche Realschulen	2.950	14.120	0	0
Städtische Gymnasien	-1.416	-170	0	0
Staatliche Gymnasien	-11.918	47.847	0	0
Berufsschulen	3.716	1.748	1.748	1.509
Sonstige Berufsfachschulen	-10.250	2.000	0	0
Fachschulen, Meisterschulen	612	612	708	0
Fachakademien	0	90	107	107
Städtische Fachoberschulen	78	194	0	0
Berufsoberschulen	0	30	40	0
Staatliche Berufsoberschule	0	51	0	0
Schulsport	1.500	25.000	0	0
Münchener Stadtmuseum	-7.000	10.000	30.000	0
Einr. der Erwachsenenbildung-Achatswies	430	0	0	0
KITA Kindertageseinrichtungen	1.552	3.411	0	0
Sportamt, Sportförderung	2.042	0	0	0
Stadien an der Grünwalder- und Dantestr.	3	0	0	0
Eis- und Funsportzentren Ost und West	2	0	0	0
Bezirkssportanlagen und sonst. Sporteinr.	5.430	2.291	0	0
Alleen und Anlagen	2.590	1.297	0	0
Baureferat	120	0	0	0
Hochbauverwaltung	-3.795	-3.685	-1.983	-2.000
U-Bahn-Bau	2.000	2.700	0	0
Gemeindestraßen	-7.998	6.215	0	0
Bundes- und Staatsstr.-Ortsdurchfahrten	-2.087	0	0	0
Straßenreinigung	110	0	0	0
Bestattungswesen-Krematorium	1.953	2.929	1.953	1.552
Allgemeines Grundvermögen	300	200	0	0
Summen	-16.634	284.392	94.530	9.230

Die in der Haushaltssatzung 2018 festgesetzten Gesamtbeträge der Verpflichtungsermächtigungen nach den Wirtschaftsplänen der „Stadtgüter München“, „Münchner Stadtentwässerung“ und des „Abfallwirtschaftsbetriebes München“ werden nicht geändert.

Verpflichtungsermächtigungen nach dem Wirtschaftsplan der „Münchner Kammerspiele“ für das Geschäftsjahr 1. September 2017 bis 31. August 2018 werden unverändert nicht festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen nach dem Wirtschaftsplan der „Münchner Kammerspiele“ für das Geschäftsjahr 1. September 2018 bis 31. August 2019 werden nicht festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen nach den Wirtschaftsplänen der „Markthallen München“ und des „Dienstleisters für Informations- und Telekommunikationstechnik der Stadt München (it@M)“ werden unverändert nicht festgesetzt.

F. Kassenkredite

Die in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 festgesetzten Höchstbeträge der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan und von Ausgaben der Eigenbetriebe „Stadtgüter München“, „Markthallen München“, „Münchner Stadtentwässerung“ und „Abfallwirtschaftsbetrieb München“ werden nicht geändert.

Der in der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Eigenbetriebs „Münchner Kammerspiele“ für das Geschäftsjahr 01. September 2017 bis 31. August 2018 wird nicht geändert.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Eigenbetriebs „Münchner Kammerspiele“ für das Geschäftsjahr 01. September 2018 bis 31. August 2019 wird auf 16.000.000 € festgesetzt. Auf die Ausführungen der Münchner Kammerspiele im Beschluss des Kulturausschusses als Werkausschuss vom 05. Juli 2018 wird verwiesen.

Der in der Haushaltssatzung 2018 festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Eigenbetriebs „Dienstleister für Informations- und Telekommunikationstechnik der Stadt München (it@M)“ wird von 31.200.000 € um 4.000.000 € erhöht und damit auf 35.200.000 € neu festgesetzt.

G. Mehrjahresinvestitionsprogramm

Soweit Veranschlagungen im 1. Nachtragshaushaltsplan 2018 Änderungen des Mehrjahresinvestitionsprogrammes bedingen, werden diese im Rahmen der Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogrammes 2018 - 2022 berücksichtigt. Sie werden in das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2018 - 2022 eingearbeitet (Vorlage für die Vollversammlung am 19.12.2018).

H. Stellenplan 2018 (1. Nachtrag)

Das Personal- und Organisationsreferat hat hierzu Folgendes mitgeteilt:

Für den Stellenplan zum Haushalt 2018 melden wir eine Ausweitung einer Leitungsposition in Besoldungsgruppe B7 im Referat für Arbeit und Wirtschaft an. Aufgrund der bevorstehenden Wahlen werden die Leitungsaufgaben voraussichtlich nicht mehr in Personalunion wahrgenommen. Die Stelle wird zu gegebener Zeit zugeteilt.

Darüber hinaus melden wir eine Hebung einer Planstelle von Besoldungsgruppe A16 nach Besoldungsgruppe B2 im Referat für Bildung und Sport an, deren Beschluss im Verwaltungs- und Personalausschuss im Oktober vorgesehen ist.

Das Vorstandsgremium der Stadtparkasse München wurde von 5 Mitglieder auf 4 Mitglieder verringert.

Wegen erforderlicher organisatorischer Maßnahmen während der Geltungsdauer ist der Stellenplan zum Haushalt 2018 wie folgt anzupassen:

1 VZÄ Stellenschaffung in BesGr. B7

Stellenhebungen in der Vollversammlung im Oktober 2018 vorgesehen

1 Stellenhebung von BesGr. A16 nach BesGr. B2

Vorstandsgremium der Stadtparkasse München

1 VZÄ Reduzierung in Tarifgruppe AT

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage der BA-Satzung).

Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Der Korreferent der Stadtkämmerei, Herr Stadtrat Prof. Dr. Hans Theiss und der Verwaltungsbeirat der Hauptabteilung II, Herr Stadtrat Hans Dieter Kaplan, haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten:

1. Den im 1. Nachtragshaushaltsplan 2018 der Landeshauptstadt München für die Finanz- und Ergebnishaushalte in der Anlage 1 vorgeschlagenen Veranschlagungsveränderungen wird zugestimmt.
2. Der 1. Nachtrag zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 wird genehmigt.
3. Die in der Anlage 2 beigefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung 2018 wird erlassen.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss:

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dr. Ernst Wolowicz
Stadtkämmerer

IV. Abdruck von I. – III.

über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle

an das Direktorium - Rechtsabteilung

an das Revisionsamt

an die Stadtkämmerei - HA II/11 (2 x)

z. K.

V. Wv. Stadtkämmerei - HA II/11

Stadtkämmerei
HA II/1

- I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
- II. An das Direktorium
An das Baureferat
An das Kommunalreferat
An das Kreisverwaltungsreferat
An das Kulturreferat
An das Personal- und Organisationsreferat - GL
An das Referat für Arbeit und Wirtschaft
An das Referat für Gesundheit und Umwelt - S-F (3 x)
An das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik
An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung
An das Referat für Bildung und Sport
An das Sozialreferat
An die Stadtkämmerei - Geschäftsleitung
An die Stadtkämmerei - HA I (5 x)
An die Stadtkämmerei - HA II/L
An die Stadtkämmerei - HA II/1
An die Stadtkämmerei - HA II/11
An die Stadtkämmerei - HA II/12
An die Stadtkämmerei - HA II/13
An die Stadtkämmerei - HA II/2 (3 x)
An die Stadtkämmerei - HA II/3 (4 x)
An die Stadtkämmerei - RL-S1
An die Stadtkämmerei - RL-S2
An das Kassen- und Steueramt
An das Kassen- und Steueramt - Abt. 1 (3 x)
An die Stadtgüter München
An die Markthallen München
An die Münchner Stadtentwässerung
An den Abfallwirtschaftsbetrieb München
An die Münchner Kammerspiele
An den Dienstleister für Informations- und Telekommunikationstechnik der Stadt München (it@M)
An das Revisionsamt
An das Personal- und Organisationsreferat - P 3.1 (Stellenplan)
An das Direktorium, D-I-ZV

z. K.

Am.....